

Mediensystem und öffentliche Sphäre in der Krise

Hannah Broecker, Dennis Kaltwasser, Michael Meyen

Eine Skizze zur Einführung

»In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört«: Dieser erste Satz aus dem Gründungsaufruf des Neuen Forums vom 10. September 1989 wird gerade aus dem Museum geholt. Dies gilt in gewisser Weise auch für den zweiten Satz, der die These unterfüttern soll: »Belege dafür sind die weit verbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung.«

Natürlich: Der Exodus aus der DDR ab dem Sommer 1989 ist in der jüngeren Geschichte nach wie vor beispiellos. Allein im Juli und August, den beiden Monaten vor der Gründung des Neuen Forums, verließen rund 54 000 Menschen via Ausreisegenehmigung oder Flucht das kleine Land. Im September und Oktober kamen noch einmal 133 000 dazu (Hertle 2019). In der sehr viel größeren Bundesrepublik lag die Zahl der deutschen Auswanderer seit den frühen 1990er Jahren stabil im niedrigen sechsstelligen Bereich. Für 2014 und 2015 meldete das Statistische Bundesamt hier jeweils knapp unter 150 000. Danach macht die Kurve einen Sprung nach oben und ist dort von 2016 (281 411) bis 2023 (291 924) geblieben.

Über zwei Millionen Deutsche, die in den letzten acht Jahren ihre Heimat verlassen haben: Das ist genauso ein Symptom für die Krise der öffentlichen Kommunikation wie die wachsende Gruppe von Menschen, die es ablehnen, den Rundfunkbeitrag zu bezahlen (2022: rund sieben Prozent der Haushalte) oder sich ganz vom traditionellen Journalismus abwenden. 38,5 Prozent der Schweizer, sagt eine Studie der Universität Zürich vom Oktober 2022, verweigern sich den Nachrichtenmedien, fast doppelt so viele wie 2009 (FÖG 2023: 19). Eine letzte Zahl: Nur 40 Prozent der Deutschen über 16 hatten 2023 »das Gefühl«, ihre »politische Meinung frei sagen« zu

können – ein Wert, der in dieser Allensbach-Langzeitstudie bis in die frühen Nullerjahre stabil über 70 Prozent lag (Schatz et al. 2023: 73).

»In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört«: Diese Diagnose zielt in das Herz von Regierungssystemen, die in ihrer Selbstbeschreibung versprechen, dass alle mitreden können oder wenigstens gehört werden, wenn es um die »politische Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse« geht (Lessenich 2019: 18). Demokratie braucht Öffentlichkeit. Demokratie braucht einen Ort, der es erlaubt, alle Themen und alle Perspektiven vor dem Horizont aller zu diskutieren. Öffentlichkeit: Das ist ein Ort der Begegnung, der für die Politik ganz ähnlich funktioniert wie der Markt für die Wirtschaft (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990). Was immer der Staat sich ausdenkt, muss vor der Bürgerschaft bestehen. Das heißt auch: Wir müssen darüber sprechen können. Rede und Gegenrede. Alles auf den Tisch. Keiner der Zugänge zum Thema Qualität im Journalismus kommt an der Kategorie publizistische Vielfalt vorbei (vgl. Arnold 2016, Geuß 2018). Die Forderung, Öffentlichkeit herzustellen, wurzelt im Pluralismusmodell. In der Gesellschaft gibt es viele und zum Teil gegensätzliche Meinungen und Interessen, die zunächst gleichberechtigt sind (die Interessen von Einzelpersonen und Außenseitern genauso wie die Interessen, die in Parteien oder Verbänden organisiert sind). Feld der Verständigung ist die Öffentlichkeit. »Prinzipiell darf keine soziale Gruppe, ja nicht einmal ein Individuum, aber auch kein Gegenstand, kein Thema, kein Problem von ihr ausgeschlossen sein« (Pöttker 1999: 219f.).

Wir schreiben diese Zeilen im späten Februar 2024. Die Medienbranche diskutiert wieder einmal über den Umgang mit der AfD. Mike Beuster, Vorsitzender der größten Standesorganisation des Berufs, fordert bei entsprechenden Berichten Warnhinweise wie auf Zigarettenschachteln. Auf der Plattform *Goodimpact*, die sich als Speerspitze eines konstruktiven Journalismus versteht, wird angeregt, ganz ähnlich wie in Luxemburg und Wallonien einen »cordon sanitaire médiatique« zu errichten und »Menschen, die rassistischen, demokratiefeindlichen Gruppen nahestehen«, nicht mehr zu Live-Interviews und Talkshows einzuladen (Petzold 2024). Dass eine »offene Gesellschaft« »Feinde« hat, die es zu bekämpfen gilt, ist seit Karl Popper (1945) kein Paradox mehr, sondern ein Glaubenssatz, der vor allem dort heruntergebetet wird, wo man etwas zu verlieren hat. »Die größte Bedrohung für unsere Demokratie ist der Rechtsextremismus«, hat Olaf Scholz in seiner ersten Regierungserklärung am 15. Dezember 2021 gesagt und damit den Takt der Vernichtung genauso vorgegeben wie ihre Sprache. »Unsere Demokratie«, bedroht von »rechts«. Genauer wird es nicht. Genauer darf es nicht werden. »Die Geschichte aller bisherigen Demokratie«, sagt Stephan Lessenich (2019: 20), ist

»im Kern eine Geschichte der Klassenkämpfe«. Wenn Regierungspolitiker in einem Konzernstaat von »unserer Demokratie« sprechen, dann ist das wörtlich zu nehmen. Lessenich (2019: 38): »Die da oben« wehren sich dagegen, dass »die da unten« meinen, sich auf eine Stufe mit ihnen stellen zu können.«

»In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört«: Der Klassenkampf von oben zerstört ähnlich wie in der DDR die öffentliche Sphäre und damit den Ort, an dem Verständnis für die Interessen der anderen entstehen könnte und damit so etwas wie innerer Frieden (vgl. Mausfeld 2023). Der Gründungsaufwurf des Neuen Forums spricht ganz im Geist von Demokratie- und Öffentlichkeitstheorie von einem »Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten« und fordert einen »demokratischen Dialog über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur«. Weiter im Text: »Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen.« Eine Einleitung wie diese ist nicht der Ort, das Propaganda- und Zensurregime zu analysieren, das den Journalismus der Leitmedien seit den späten Nullerjahren wie in einem Sandwich zerquetscht und ihren vorläufigen Höhepunkt im Digital Services Act der Europäischen Union erreicht hat (vgl. Hofbauer 2022, Meyen 2024). Wichtig ist hier das Ergebnis, das in der Medieninhaltsforschung als Gleichklang nachhallt – von der »Flüchtlingskrise« (Haller 2017) über Corona (vgl. Maurer et al. 2021, Rieg 2023) bis zum Ukraine-Krieg (vgl. Maurer et al. 2023). In Kurzform: Es dominiert die Regierungssicht, unterfüttert mit Stimmen von handverlesenen Experten, die als »die« Wissenschaft präsentiert werden, als ob es weder Streit noch Zweifel geben würde und damit auch keine legitimen Gegenpositionen (vgl. Lütge/Esfeld 2021).

Zu einem Problem wird dies auch deshalb, weil alle anderen Kanäle der Öffentlichkeit (etwa: Demonstrationen, Versammlungen, Sachbücher, Konzerte, Vorträge) Leitmedienpräsenz voraussetzen, um allgemeine Sichtbarkeit zu erreichen. Nur hier können und müssen wir unterstellen, dass alle anderen das Gleiche gelesen, gesehen, gehört haben. Niklas Luhmann (1996: 43, 120–122) sagt, dass das »System Massenmedien« Information »so breit« streue, »dass man im nächsten Moment unterstellen muss, dass sie allen bekannt ist (oder dass es mit Ansehensverlust verbunden wäre und daher nicht zugegeben wird, wenn sie nicht bekannt war)«. Auf diese Weise entstehe eine »zweite, nicht konsenspflichtige Realität« – ein »Hintergrundwissen«, von dem man bei jeder Kommunikation ausgehen könne. Zu diesem Hintergrundwissen gehört die Moral, die man öffentlich zeigen muss, um nicht isoliert zu werden (vgl. Noelle-Neumann 1980). Wenn die Leitmedien Demonstrationen, die einen Kurswechsel fordern, ausblenden, kleinreden oder

verdammen und dieses Prinzip auch auf die Plattformen des Gegendiskurses anwenden, die im Internet entstanden sind, dann bereiten sie nicht nur Polizeieinsätzen und Zensurgesetzen den Boden, sondern blockieren auch den Austausch zwischen den Öffentlichkeitsebenen, wie er zum Beispiel im Arenamodell beschrieben wird (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990), und verhindern, dass die Bevölkerungsgruppen, die sich nicht repräsentiert fühlen, ihre Sicht der Dinge in den politischen Prozess einspeisen können (vgl. Patzelt 2015).

Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit, der an dieser Stelle nur skizziert werden kann, erfasst auch die Universitäten, die im Wahrheitsregime der Gegenwart dazu auserkoren sind, politische Entscheidungen zu legitimieren, und deshalb mit Geld, Leitmedienaufmerksamkeit und offizieller Wertschätzung geködert und »manipuliert« werden (vgl. Kreiß 2020, Lütge/Esfeld 2021, Meyen 2023). Um dies nur mit einem Beispiel zu illustrieren: Am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU München, Austragungsort der Tagung, die in diesem Buch dokumentiert wird, ist in den letzten Jahren ein Wildwuchs an Projekten entstanden, die sich um Hatespeech, Fake News und überhaupt alles kümmern, was aus den Tiefen des Internets die Demokratie bedrohen soll (vgl. Mirbach 2021). Gefördert wird dies von Unternehmensstiftungen (etwa: Volkswagen), EU, Ministerien in Bund und Ländern, Bundesbehörden (etwa: Bundeskriminalamt, Robert Koch Institut), Parteien, Parteistiftungen sowie politischen Apparaten wie den Landesmedienanstalten. Die Gunst solcher Sponsoren und eine regierungs- und gesellschaftskritische Wissenschaft schließen sich aus. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass der Institutsdirektor bei der Abrechnung der Reisekosten intervenierte, die Teilnahme von Sprechern kritisierte, die im Herbst 2021 bei der Aktion #allesaufdentisch dabei waren oder für Plattformen wie *Rubikon* (seit April *Manova*) schreiben, und den Verdacht äußerte, dass es sich eher um eine Sektengründung gehandelt habe als um eine akademische Tagung.

Jede Krise birgt auch Chancen. In diesem Buch kann jeder lesen, was vom 22. bis zum 24. Juni 2023 in den heiligen Institutshallen besprochen wurde, in denen bis in die frühen 1990er Jahre das US-Sprachrohr Radio Free Europe residierte. Während sich die Kommunikationswissenschaft, qua Arbeitsteilung eigentlich »zuständig« für Öffentlichkeit, Medien und Journalismus, in Richtung affirmative Forschung bewegt, haben wir Kollegen aus sehr unterschiedlichen Disziplinen sowie aus der Praxis zusammengebracht und durch dieses Aufeinandertreffen hoffentlich einen Erkenntnisgewinn produziert, der die Möglichkeiten inter- und transdisziplinären Arbeitens verdeutlicht und zugleich skizziert, in welche Richtung das Bildungssys-

tem zu reformieren wäre. Jenseits von Status- und Hierarchiedenken, das die Lehre und den Tagungsbetrieb prägt, wurde jeder Vortrag intensiv diskutiert – getragen von Neugier und Offenheit. Dass wir dies hier genauso betonen wie die ausnahmslos positiven Reaktionen auf die Anfrage mitzumachen, sagt viel über den universitären Alltag. Nicht im Band enthalten sind die Beiträge von *Juri Kilian*, Sozialpädagoge an der Universität Kassel, der einen ethnografischen und reich gebildeten Blick auf die Grundrechtsdemonstrationen der Coronajahre und ihre Stigmatisierung in den Leitmedien geworfen hat, sowie von *Hauke Ritz*, Geschichtsphilosoph aus Berlin, der in München »Überlegungen zur Wechselwirkung zwischen Geostrategie, Kulturpolitik und Informationskriegsführung« präsentierte, die demnächst in Buchform erscheinen (vgl. Ritz 2024). Wie die Tagung beginnt auch das Buch mit einem Beitrag von *Michael Esfeld*, seit 2002 Professor für Wissenschaftsphilosophie an der Universität Lausanne und seit 2009 Mitglied der Leopoldina. Der Titel »Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit« verspricht nicht zu viel. Esfeld sagt, dass »die Machtkonzentration in der Hand der Staatsgewalt« zu Missbrauch einlädt und die Zerstörung des »öffentlichen Raums« durch weite Teile von Wissenschaft und Leitmedien erklärt. Sein Vorschlag: Auflösung der Machtkonzentration.

Hannah Broecker, promovierte Politikwissenschaftlerin und derzeit Postdoc am Münchner Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, legt die diskursive Basis der Phänomene frei, die Esfeld beschreibt. Ihr Beitrag zeigt, wie die Norm »freie Meinungsäußerung« in den Kontext Sicherheit gerückt und so ausgehöhlt wurde. Anders formuliert: Die Versicherheitlichung von Normen demokratischer Öffentlichkeit bereitet den Boden für den Aufbau eines Zensurregimes und verändert die Bedeutung von Konzepten wie Demokratie und der Rolle des Bürgers.

Michael Meyen, seit 2002 Professor am gleichen Institut, analysiert in seinem Beitrag »Transparenz« einen Aspekt dieses Diskurses – einen Begriff, der ein Versprechen transportiert, aber zugleich in das »Panoptikum des Überwachungskapitalismus« führt.

Lukas Friedrich, seit 2022 Doktorand bei Michael Meyen, bewegt sich auf diesem Pfad einen Schritt weiter, wenn er vorschlägt, das Konzept »Repräsentationslücke« (Patzelt 2015) zu erweitern, künftig von einer »Repräsentationsinsel« zu sprechen und so den Widerspruch zwischen der Realität der Leitmedien und dem Spektrum an Perspektiven zu thematisieren, die in der Bevölkerung zu beobachten sind.

Helge Buttkeireit, Historiker, Journalist und Publizist, bleibt in seiner Studie zu Alternativmedien und Gegenöffentlichkeit nicht bei der Gegenwart

stehen, sondern entwickelt auf der Basis von Erfahrungen und Literatur ein »Modell für eine selbstorganisierte Öffentlichkeit«, das genau wie der Beitrag von Michael Esfeld Analyse, Kritik und Zukunft verbindet.

Ganz im Hier und Jetzt bleibt *Sandra Kostner*, Geschäftsführerin im Masterstudiengang »Migration, Diversität und Teilhabe« an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd und Vorsitzende des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit. Ähnlich wie bei Hannah Broecker geht es auch Kostner um eine Diskursverschiebung. Die Forderung, »Freiheit neu zu denken«, fördert, das zeigt Sandra Kostner eindrucksvoll anhand der Felder Identitätspolitik, Corona und Klimawandel, eine »illiberale Zeitenwende«.

Hans-Martin Schönherr-Mann, politischer Philosoph an der LMU, konzentriert sich auf eins dieser Reizthemen und sucht im »Katastrophen-Diskurs« Corona nach »religiösen Elementen«. Schlagworte aus seinem Beitrag: Machiavelli, Erziehung durch Erschrecken und Furchterzeugen, McCarthy-Panik, platonische Expertenherrschaft.

Matthias Fechner, promovierter Literaturwissenschaftler, Lehrer und Research Associate der DFG-Forschungsgruppe »Lyrik in Transition« an der Universität Trier, nähert sich diesem Thema von einer anderen Seite. Fechner beobachtet, dass politisch bislang unauffällige Menschen in den Coronajahren plötzlich Positionen vertreten haben, die man vorher eher dem Rechts- oder Linksextremismus zugeschrieben hätte – von der Missachtung von Grundrechten über ein Lob auf das Kollektiv bis zur Ausgrenzung von Minderheiten. Als Antwort definiert er einen »Extremismus der Mitte«.

Der Journalist *Patrik Baab* hat dieses Phänomen am eigenen Leib zu spüren bekommen – in einer Medienkampagne, die eine Recherchereise in ukrainische Kriegsgebiete infrage stellte und nicht nur auf seine Reputation als Investigativreporter, gesammelt in unzähligen Berufsjahren, zielte, sondern auch auf seine Position als Lehrbeauftragter im akademischen Kontext. Baabs Erfahrungsbericht bringt einen Journalismus zum Vorschein, der fest in der Hand von Propaganda, Narzissmus und Aufmerksamkeitsökonomie ist.

Um Propaganda und Krieg geht es auch bei *Piers Robinson* und *Jonas Tögel*. Robinson, britischer Medienforscher und einer der Gründer der Arbeitsgruppe SPM (Syria, Propaganda and Media), belegt im Detail und über persönliche Verquickungen, wie Geheimdienste, Militärs und andere staatliche Stellen das öffentliche Bild des Syrienkrieges geprägt haben. Tögel wiederum, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Habilitand am Institut für Psychologie der Universität Regensburg, zeichnet auf der Suche nach den Wirkungen solcher Bilder eine lange Linie von der Creel-Commission im Ersten Weltkrieg bis zur kognitiven Kriegsführung der Nato.

Es ist kein Zufall, dass der Beitrag von *Dennis Kaltwasser*, Habilitand an der Professur für Germanistische Sprachwissenschaft an der Universität Gießen, dieses Buch abrundet. Vernunft und Hybris: Der Kampf zwischen der Freiheit des Individuums und dem Streben nach Allmacht im Namen einer überlegenen Rationalität oder unabdingbarer Notwendigkeiten tobt seit der Antike. Dennis Kaltwasser zerlegt den breiten Strom expertokratischer Ideologie, verweist damit auf eine totalitäre historische Konstante im gesellschaftstheoretischen Denken und liefert so gleichsam eine Quintessenz von Tagung und Buch. Die Krise von Mediensystem und öffentlicher Sphäre ist auch und vor allem eine Krise der Begriffe, mit denen wir gesellschaftliche Wirklichkeit beschreiben. Hier liegt die vornehmste Aufgabe kritischer Wissenschaft. Ohne Klarheit bei den Begriffen lässt sich nicht sagen, was ist.

Literatur

- Arnold, Klaus (2016): Qualität des Journalismus. In: Martin Löffelholz, Li-ane Rothenberger (Hrsg.): Handbuch Journalismustheorien. Wiesbaden: Springer VS, S. 551–563.
- Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (2023): Jahrbuch Qualität der Medien 22. Zürich: Schwabe.
- Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin.
- Geuß, Annika (2018): Qualität im Journalismus. Eine Synopse zum aktuellen Forschungsstand. Bamberg: University of Bamberg Press.
- Haller, Michael (2017): Die »Flüchtlingskrise« in den Medien. Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.
- Hertle, Hans-Hermann (2019): Sofort, unverzüglich. Die Chronik des Mauerfalls. Berlin: Ch. Links.
- Hofbauer, Hannes (2022): Zensur. Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte. Vom kirchlichen Index zur YouTube-Löschung. Wien: Promedia.
- Kreiß, Christian (2020): Gekaufte Wissenschaft. Wie uns manipulierte Hochschulforschung schadet und was wir dagegen tun können. Hamburg: tredition.
- Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Stuttgart: Philipp Reclam.
- Lütge, Christoph; Esfeld, Michael (2021): Und die Freiheit? Wie die Co-

- rona-Politik und der Missbrauch der Wissenschaft unsere offene Gesellschaft bedrohen. München: riva.
- Maurer, Marcus; Haßler, Jörg; Jost, Pablo (2023): Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg. Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung.
- Maurer, Marcus; Reinemann, Carsten; Kruschinski, Simon (2021): Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Berlin: Rudolf-Augstein-Stiftung.
- Mausfeld, Rainer (2023): Hybris und Nemesis. Wie uns die Entzivilisierung von Macht an den Abgrund führt – Einsichten aus 5000 Jahren. Frankfurt am Main: Westend.
- Meyen, Michael (2023): Wie ich meine Uni verlor. Dreißig Jahre Bildungskrieg. Bilanz eines Ostdeutschen. Berlin: edition ost.
- Meyen, Michael (2024): Cancel Culture. Wie Propaganda und Zensur Demokratie und Gesellschaft zerstören. Berlin: Hintergrund.
- Mirbach, Alexis von (2021): Jenseits von Gut und Böse. In: Alexis von Mirbach, Michael Meyen: Das Elend der Medien. Köln: Herbert von Halem, S. 12–51.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1980): Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. München: Piper.
- Patzelt, Werner (2015): Repräsentationslücken im politischen System Deutschlands? Der Fall PEGIDA. In: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 13. Jg., Nr. 1, S. 99–126.
- Petzold, Miriam (2024): Kein Recht auf Sendezeit. In: goodimpact.eu (28. Februar 2024).
- Popper, Karl (1945): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. London: Routledge.
- Pöttker, Horst (1999): Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag. Zum Verhältnis von Berufsethos und universaler Moral im Journalismus. In: Rüdiger Funiok, Udo Schmälzle, Christoph Werth (Hrsg.): Medienethik – die Frage der Verantwortung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 215–232.
- Rieg, Timo (2023): Qualitätsdefizite im Corona-Journalismus. Eine kommentierte Fallsammlung. In: Research Gate (28. Februar 2024).
- Ritz, Hauke (2024): Vom Niedergang des Westens zur Neuerfindung Europas. Wien: Promedia.
- Schatz, Roland; Petersen, Thomas; Schmidt, Ralph Erich (2023): Bricht die Mauer des Schweigens? Freiheitsindex 2023 – das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International. Zürich: InnoVatio.

Open Access

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0; weitere Informationen finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>.

Broecker, Hannah, Dennis Kaltwasser und Michael Meyen (2024): Mediensystem und öffentliche Sphäre in der Krise. Eine Skizze zur Einführung. In: Mediensystem und öffentliche Sphäre in der Krise, herausgegeben von Hannah Broecker und Dennis Kaltwasser, S. 9–16. Neu-Isenburg: Westend.

https://doi.org/10.53291/9783949925214_1